

Die Chance des Neubeginns

Karl Feldmeyer

Das Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat der CDU nach einer Oppositionszeit von 39 Jahren im größten Bundesland wieder den Regierungsauftrag zurückgegeben. So wichtig diese Veränderung ist: Sie steht im Schatten der Reaktionen, zu denen sich Bundeskanzler Schröder genötigt sah. Sein Beschluss, die Regierungstätigkeit vorzeitig einzustellen und noch in diesem Jahr einen neuen Bundestag wählen zu lassen, erhält ihm fürs Erste die politische Initiative – freilich unter Inkaufnahme eines sehr hohen Risikos: Die Wahrscheinlichkeit, dass Schröder die nun anstehende Bundestagswahl zu seinen Gunsten entscheiden kann, ist ebenso gering, wie die Chance der CDU-Vorsitzenden Merkel groß ist, seine Nachfolgerin im Amt des Bundeskanzlers zu werden.

Mit ihrer einmütigen Nominierung als Kanzlerkandidatin durch die Präsidien beider Unionsparteien ist die CDU-Vorsitzende ein Jahr früher an dem bislang letzten Etappenziel ihres Weges zur Macht angelangt, als sie annehmen durfte. Das bestätigt einmal mehr, wie unwägbar politische Entwicklungen sind und wie unzulänglich alle Planung in der Politik ist. Zum anderen darf sich Angela Merkel in der vor der letzten Bundestagswahl im Januar 2002 von ihr getroffenen Entscheidung bestätigt fühlen, selbst die Kanzlerkandidatur ihres damaligen Rivalen, des CSU-Vorsitzenden Stoiber, herbeigeführt zu haben. So blieb sie nicht nur als Parteivorsitzende unbeschädigt. Sie verpflichtete dadurch den CSU-Vorsitzenden zu je-

ner Loyalität, die er ihr nun erwiesen hat. Ihre Fähigkeit zu einer realistischen Lagebeurteilung, ihre Selbstdisziplin und ihr Machtwille haben sich somit einmal mehr bewährt und ihr zum bislang wichtigsten Erfolg ihrer politischen Laufbahn verholten.

Innenpolitische Hauptaufgabe

So viel lässt sich voraussagen: Merkel wird diese Eigenschaften in verstärktem Maße benötigen, wenn die Bundestagswahl so ausgeht, wie es sich derzeit abzeichnet, nämlich mit einem Sieg der Union. Der Zustand, in dem die Regierung Schröder ihrer Nachfolgerin das Land hinterlässt, erübrigt die Frage danach, worin ihre innenpolitische Hauptaufgabe bestehen wird. Es ist der Abbau der Arbeitslosigkeit, also die gleiche Herausforderung, die Schröder 1998 bei seinem Regierungsantritt als diejenige bezeichnet hatte, die über sein politisches Schicksal entscheide – und an der er gescheitert ist. Das zeigt zwar die Größe des Problems, heißt aber nicht, dass es der mutmaßlichen Nachfolgerin ebenso ergehen wird. Zu den Faktoren, die ihre Erfolgchancen verbessern, gehören wichtige Veränderungen, die seit 1998 eingetreten sind. Damals gewann die SPD nicht zuletzt deshalb die Wahlen, weil viele Wähler darauf hofften, eine SPD-Regierung werde ihnen die Härten und sozialen Eingriffe ersparen, zu denen sich die Regierung Kohl gegen Ende ihrer Regierungszeit durchgerungen hatte. Diese Hoffnung braucht Frau Merkel, wenn sie

im Herbst Kanzlerin wird, nicht mehr zu fürchten, denn sie hat sich erledigt. Sie fiel spätestens „Hartz IV“ zum Opfer, also den von Schröder zu verantwortenden Reformeinschnitten. Sie haben zwar das Problem der Arbeitslosigkeit nicht gelöst, wohl aber die öffentliche Einsicht dafür geschaffen, dass weitere Eingriffe erfolgen müssen, um auf dem Weg aus der Massenarbeitslosigkeit voranzukommen.

Dies bewirkt zu haben ist eine wichtige Veränderung, die sich Schröder zugute halten kann. Sie kann einer künftigen Kanzlerin Merkel und ihrer Regierung die Arbeit leichter machen. Erfolg aber wird die künftige Bundesregierung nur dann haben, wenn die Vielzahl der Maßnahmen, die sie treffen muss, um das Syndrom Arbeitslosigkeit zu kurieren, richtig aufeinander abgestimmt sind. Voraussetzung jeden Erfolges in der Sache aber ist es, Verständnis und Vertrauen in das Regierungshandeln zu gewinnen. An die Stelle von Befürchtung muss Hoffnung treten. Zweierlei ist somit nötig: ein in sich schlüssiger Reformplan sowie Politiker, die ihn nicht nur selbst verstanden haben, sondern auch die Öffentlichkeit von seiner Notwendigkeit überzeugen können. An all dem hat es der alten Bundesregierung gefehlt. Vor allem aber müssen positive Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt sichtbar werden, die das belegen, was die Regierung verspricht. Für all dies ist vor allem eines erforderlich: das öffentliche Engagement dessen, der führt, also das der Kanzlerin.

Schlüssiges Konzept

Um andere von der Richtigkeit des eigenen Konzeptes überzeugen zu können, muss man freilich eines haben, an dessen Schlüssigkeit man selbst glaubt. Seit langem brüsten sich die Parteien damit, sie unternähmen „Schritte in die richtige Richtung“. Selbst wenn dies zutrifft, genügt es nicht, um die Plage der Arbeitslosigkeit beseitigen zu können. Dazu be-

darf es mehr, nämlich eines detaillierten Konzeptes, das auf einer Ursachenanalyse fußt. Sie sollte Auskunft darüber geben, welche Faktoren ursächlich für den heutigen Notstand sind und wie viel jeder Einzelne zu ihm beiträgt. Wer sich darüber Klarheit verschafft hat, kann mit größerer Erfolgchance an die Arbeit gehen als derjenige, der sich damit begnügt, wenn seine Maßnahmen in die viel zitierte „richtige Richtung“ zielen. Es ist wie beim Schießsport: In die richtige Richtung zu zielen genügt nicht, wenn man ins Schwarze treffen will. Hier gilt die Erkenntnis „Knapp verfehlt ist auch daneben“.

Einen solchen detaillierten Handlungsplan hat die Union bisher nicht vorgelegt. Wohl hat sie Beschlüsse gefasst und Kompromisse zwischen CDU und CSU geschlossen, etwa über die Gesundheitsreform und über die Steuerreform. Auch zur Liberalisierung des Arbeitsmarktes hat sie konkrete Vorstellungen geäußert. Von einem integrierten Gesamtkonzept, so wie es Vorstand und Stabsabteilungen eines in Schwierigkeiten geratenen großen Unternehmens ausarbeiten, bevor sie sich an dessen Sanierung machen, ist das weit entfernt. Das kann auch nicht verwundern, denn alles, was wir wissen, ist öffentlich – und das heißt auch, es ist Gegenstand der öffentlichen Diskussion, unionsintern wie auch außerhalb der beiden Parteien. Damit ist es umstritten, denn an dem, was sich die Partei zum Programm macht, wollen viele mitwirken. So entstehen Kompromisse, bei denen es eher darum geht, die unterschiedlichen Interessen auszutarieren, als die Frage zu beantworten, was sachlichen Bedürfnissen am ehesten entspricht. Das unionsinterne Fingerhakeln zwischen Kopfpauschale und herkömmlicher Krankenversicherung ist als Beleg dafür noch in frischer Erinnerung.

Deshalb muss die Tatsache, dass CDU und CSU bislang keine in sich abgestimmte schlüssige Gesamtkonzeption vorgelegt

haben, die all das enthält, was zum Abbau der Arbeitslosigkeit erforderlich ist, nicht bedeuten, dass ein solches Konzept nicht existiert. Es gibt gute Gründe, solche Ausarbeitungen – so sie denn vorhanden sind – nicht vorzeitig bekannt zu machen, sondern dann zu präsentieren, wenn man die Voraussetzungen dafür besitzt, sie zu realisieren. Einer von ihnen ist sicher die Erkenntnis, dass sie so am ehesten davor geschützt werden können, statt des Notwendigen nur noch das anzustreben, was diesem und jenem als politisch zumutbar gilt.

Wahlfreie Phase

Es genügt daher, wenn eine Bundeskanzlerin Merkel dann, wenn sie gewählt ist, weiß, was sie will, Klarheit darüber hat, mit welchen Maßnahmen sie ihr Ziel erreichen will – und sich unverzüglich an die Arbeit macht. Das gilt insbesondere für die drängendsten Probleme, also zuvörderst für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Hier könnte sich allerdings ein Interessenkonflikt ergeben, denn durch die Vorverlegung der Bundestagswahl geraten die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, die im März 2006 anstehen, zeitlich hinter die Bundestagswahl dieses Herbstes – statt vor der Bundestagswahl stattzufinden. Ob das zu politischen Rücksichtnahmen und einem Verschieben unpopulärer Entscheidungen führt, wird sich zeigen. Entschließt sich Merkel für zügiges Handeln, so hat sie bis ins Frühjahr 2008 eine ungewöhnlich lange, fast wahlfreie Phase vor sich, in der sie, ohne auf landespolitische Interessen Rücksicht nehmen zu müssen, regieren kann. Das ist eine Chance, die in der an Wahlterminen überreichen Bundesrepublik selten ist.

Arbeitslosigkeit und unzureichendes wirtschaftliches Wachstum sind zwar – wenn nicht unvorhersehbare akute Gefahren entstehen – die drängendsten, aber bei weitem nicht die einzigen Probleme,

denen sich eine Kanzlerin Merkel gegenübersehen wird. Das Gegenteil ist der Fall. Zu den innenpolitischen Themen kommen zudem die der Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik, von der Ausgestaltung der EU über die Zukunft der NATO und des transatlantischen Verhältnisses bis hin zum deutsch-russischen Verhältnis.

Strukturprobleme

Innenpolitisch aber dominieren Strukturprobleme die Agenda, die die nächsten Generationen und ihre Lebenschancen erheblich beeinflussen oder, deutlicher gesagt, beschränken werden. Zu den immer stärker in den Vordergrund rückenden Strukturproblemen gehören der seit Mitte der sechziger Jahre anhaltende Geburtenschwund und die daraus resultierende demografische Falle. Um den seit Jahrzehnten anhaltenden Trend sinkender Geburtenraten zu ändern, ist nicht zuletzt Geld erforderlich – und das fehlt. Das unter Merkels Vorsitz verabschiedete Familienförderungsprogramm ist deshalb noch vor der Bundestagswahl von der CDU-Vorsitzenden auf unbestimmte Zeit auf Eis gelegt worden. Es muss warten, solange das Geld fehlt – und das kann dauern.

Geld, viel Geld erfordert auch die wirtschaftliche und industrielle Wiederherstellung der Länder, die einmal zur DDR gehörten. Die viele Milliarden Euro schweren Hilfsprogramme haben es möglich gemacht, die Infrastruktur, Gehälter und Soziallasten zu finanzieren. Eine industrielle Renaissance, die am nötigsten wäre, blieb dagegen aus. Solange sie nicht stattfindet, sind die neuen Länder nicht aus eigener Kraft lebensfähig, und solange dieser Zustand währt, müssen die alten so viel ihrer finanziellen Ressourcen abgeben, dass ihre eigene Entwicklung darunter leidet. Wer sich also um den Wohlstand der alten Länder sorgt, muss sich um den Zustand der neuen Länder kümmern. Ein

Teufelskreis, für dessen Durchbrechen bisher kein Konzept bekannt ist. Gerade weil Merkel selbst aus der einstigen DDR kommt, fällt auf, dass sie dieses Thema bisher nicht aufgegriffen hat. Dabei wird sie es nicht belassen können, wenn sie gesamtdeutsch Erfolg haben will.

Auch kann es einem Regierungschef, der sich für das Wohl des Landes verantwortlich fühlt, nicht gleichgültig sein, wie leistungsfähig die Schulen und Ausbildungsstätten in Deutschland sind, wenn zehn Prozent der Schüler die Schulen ohne Abschluss verlassen, fünfzehn Prozent der Lehrstellenbewerber nach dem Urteil der Industrie- und Handelskammern nicht ausbildungsfähig sind und ein Viertel der Bewerber nur unzureichend lesen, schreiben und rechnen kann.

Man kann das Problem, vor dem Angela Merkel und ihre Regierung – so sie gewählt wird – vom Herbst an stehen werden, auch in finanziellen Kategorien ausdrücken: Ein Drittel des Bundesetats fließt in die sozialen Systeme von der Arbeitslosenversicherung bis hin zu den Renten, und weitere zwanzig Prozent verschlingt der Schuldendienst. Dies zu ändern – im Klartext, diese Zahlungen aus dem Bundeshaushalt so stark zu verringern, dass der Staatsanteil auf etwa vierzig Prozent sinkt und dennoch genügend Mittel für Investitionen und Innovation vorhanden sind, um das Wachstum der Wirtschaft zu stimulieren – ist die zentrale Herausforderung für die nächste Bundesregierung.

Sachkompetenz, Autorität und Glaubwürdigkeit

Es ist eine Aufgabe, wie sie seit Beginn des Wirtschaftswunders keine deutsche Bundesregierung mehr zu lösen hatte. Dafür ist Sachkompetenz nötig. Aber sie allein genügt nicht. Es bedarf eines Maßes an personaler Autorität und Glaubwürdigkeit, das der politischen Klasse in Deutschland weitgehend verloren gegangen ist. Sie zu erwerben ist möglich, aber

das hat seinen Preis. Er besteht im Bruch mit dem Verhalten, das unter Politikern seit langem gang und gäbe geworden ist: mehr zu versprechen, als man halten kann, und den Wunsch an die Stelle der Wirklichkeit zu stellen. Schröders Versprechen, die Arbeitslosigkeit abzubauen und wenn schon nicht alles anders, so doch vieles besser zu machen als die Vorgängerregierung, steht als Beispiel für diese Praxis nicht allein.

Deshalb muss Angela Merkel darauf achten, nichts zu versprechen, was sie nicht halten kann. Und noch etwas ist ihr anzuraten: die Wirklichkeit nicht schönzureden und auf Hoffnungen und Wünsche zu setzen. Sie sollte die Fakten beim Namen nennen und so darstellen, wie sie sind. Nur so kann sie sich das Vertrauen und die Autorität sichern, die notwendig sind, wenn es darum geht, unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen. Dazu gehört Mut, der Merkel zuzutrauen ist. Gelingt ihr dieser Politikansatz, dann eröffnet sich der Union die Chance, das zurückzugewinnen, was sie mit dem Ende der Ära Adenauer und der 68er-Revolution verloren hat: die Interpretations- und Deutungshoheit über die politische Wirklichkeit – oder volkstümlicher formuliert: die Lufthoheit über den Stammtischen. Sie ist von entscheidender Bedeutung, denn erst durch sie kann eine Partei über die Tagespolitik hinauswirken, Einfluss auf das öffentliche Bewusstsein gewinnen und mit ihrem politischen Profil zugleich auch das Land prägen und führen.

In den Anfangsjahren der Bundesrepublik war dies Adenauer und Erhard gelungen. Sie machten die Union zum Synonym für Westbindung in der Außenpolitik, Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftswunder sowie für eine Politik des sozialen Ausgleichs, so wie es in der Einführung der dynamischen Rente seinen Niederschlag fand. Diese Politik stand auf der Basis eines Wertekataloges, dessen Kern das Postulat des freien, zu Ei-

genverantwortung und Selbstständigkeit befähigten Staatsbürgers und eine Abgabe an die Vorstellung des staatlich verwalteten und bevormundeten Menschen waren, so wie er dem realen Sozialismus der DDR entsprach. Dass die CDU 1949 mit einer Stimme Mehrheit – nämlich derjenigen Adenauers – in die Regierungsverantwortung gelangte, mag Zufall gewesen sein. Ihre vierfache Wiederwahl war dies sicher nicht. Sie ergab sich aus diesem Profil, den Überzeugungen, die ihm zu Grunde lagen, und dem praktischen Erfolg einer Sachpolitik, deren Resultat „das Wirtschaftswunder“ war. Damals gelang es der CDU, die Mehrheit der Bundesbürger von der Richtigkeit ihres Werte- und Koordinatensystems zu überzeugen und ihre Unterstützung deshalb zu gewinnen. Die Union und die Mehrheit der Bürger waren sich über die Sicht und Bewertung der Wirklichkeit im Wesentlichen einig. Dieser Grundkonsens ging mit dem Werteumbruch verloren, der die Folge der 68er-Revolution war. Damals ging das, was man die Lufthoheit nennt, an die politische Linke über, die sie bis heute verteidigt. Dies zu ändern ist die eigentliche Herausforderung, vor der die CDU-Vorsitzende bei ihrer Wahl zur Bundeskanzlerin steht.

Erledigte Hoffnung

Aus all dem ergibt sich die Erkenntnis, dass die tiefe Krise, in der die Bundesrepublik steckt, für die Union eine große Chance enthält, denn es ist mehr als eine wirtschaftliche Krise. Die seit 1968 vorherrschende Grundhaltung und der damals neu definierte Wertekanon sind in

unübersehbaren Widerspruch zu den Herausforderungen der Wirklichkeit geraten. Die Rückkehr der CDU in die Regierungsverantwortung mitten in der bislang schwersten Wirtschaftskrise des Landes eröffnet ihr deshalb eine Chance, die sie seit dem Ende der Ära Adenauer nicht mehr hatte, denn die Krise wird auch von Rot und Grün nicht mehr geleugnet. Ihre Folgen bedrohen und verschlechtern die materiellen Existenzgrundlagen von immer mehr Menschen massiv. Die Hoffnung, ohne schmerzhaft Einschnitte davanzukommen, hat sich erledigt. Die Bevölkerung gibt sich keinen Wunschträumen mehr hin und ist bereit, das Unvermeidliche zu akzeptieren, wenn sie die Notwendigkeit einsehen kann und wenn es zu positiven Folgen führt.

Die Mehrheit ahnt zumindest, dass nicht nur einzelne Reformen, sondern ein anderes politisches Handlungskonzept erforderlich ist, um aus einem Offenbarungseid heraus zu einem Neuanfang zu kommen. Deshalb ist es nach gewonnener Wahl von ausschlaggebender Bedeutung, dass sich bereits die ersten Entscheidungen nicht am Kriterium der Zumutbarkeit, sondern an dem der sachlichen Notwendigkeit orientieren. Merkel wird nicht danach beurteilt werden, ob diese Entscheidungen schmerzhaft sind, sondern danach, ob sie ausreichen, das Land und seine wirtschaftliche Lage zu sanieren und sein Siechtum zu beenden. Gelingt dies, dann brauchen sich die Union und die CDU-Vorsitzende über ihre politische Zukunft auf lange Zeit keine Sorgen mehr zu machen.

Einfache Antwort

„Neben Personalfragen wird viel über das Wahlprogramm diskutiert, besonders, wie ehrlich man zu den Wählern sein dürfe. Hierüber herrscht ausgiebiges Haareraufen. Vielleicht weil die Antwort so einfach ist: ganz ehrlich.“

Bernd Ulrich am 9. Juni 2005 in *Die Zeit*.